

Was sind vergessene Krisen?

ECHO, die Generaldirektion Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der Europäischen Kommission, definiert eine vergessene humanitäre Krise als schwere, langanhaltende humanitäre Krisensituation, bei der die betroffene Bevölkerung keine oder nur unzureichende internationale Hilfe erhält und bei der kein politischer Wille zu erkennen ist, die Krise zu beenden, auch mangels medialen Interesses. Dies betrifft vor allem langanhaltende Konflikte, aber auch aufeinanderfolgende Naturkatastrophen oder Mischformen fallen unter diese Definition.

Häufig ziehen Kriege oder Naturkatastrophen humanitäre Krisen nach sich. Es kommt zum Zusammenbruch staatlicher Infrastruktur, Lebensmittel werden knapp, die medizinische Versorgung ist schlecht und Landwirtschaft kann nicht oder nur stark eingeschränkt betrieben werden kann, z. B. aufgrund ungeräumter Kampfmittel oder wegen mangelnder Verkehrsinfrastruktur.

Die Ursachen humanitärer Krisen sind vielfältig und stehen in wechselseitiger Beziehung zueinander. Daher muss die Beendigung der humanitären Krisen auf mehreren Ebenen ansetzen und all jene Faktoren beseitigen, die zum Ausbruch der Krise geführt haben und zu ihrem Bestehen beitragen. Dies erfordert neben vielen anderen Faktoren auch den Willen einer durch die Medien gut informierten Öffentlichkeit, die ausreichend großen Druck auf politische Entscheidungsträger ausüben kann.

Wer ist betroffen?

Vergessene Krisen betreffen oft ethnische oder religiöse Minderheiten, aber auch (Binnen-) Flüchtlinge, die von schlechten Lebensbedingungen stärker betroffen sind als der Durchschnitt der Bevölkerung im jeweiligen Land. Ein Großteil der von ECHO als vergessene Krisen identifizierten humanitären Notlagen ist bereits seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, in diese Kategorie einzuordnen.

Welche Länder sind betroffen?

Zu den vergessenen humanitären Krisen werden regelmäßig unter anderem gezählt:

Jemen

Die Krise im Jemen gehört zu den schlimmsten weltweit. Die politischen Umbrüche begannen bereits 2011, im Zuge des arabischen Frühlings. Seitdem hat sich die Lage im dem Land, das erst 1990 vereinigt worden war, zunehmend verschlechtert. Dies liegt einerseits an den anhaltenden Kämpfen zwischen dem jemenitischen Militär und verschiedenen Rebellengruppen. Andererseits zieht die chronische Wasserknappheit, die im ganzen Land herrscht, gravierende hygienische und landwirtschaftliche Probleme nach sich. Die Kombination aus bewaffneten Konflikten und Ressourcenknappheit wird zusätzlich verschärft durch die – politische wie militärische – Einmischung von Saudi Arabien bzw. dem Iran, die im Jemen einen Stellvertreterkrieg führen.

Kolumbien

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien währt, in seiner modernen Form, bereits seit 1964. Er wird ausgetragen zwischen den Kräften der Regierung (Militär und Polizei),

Paramilitärs und den kommunistischen Rebellen der FARC. Hinzu kommt, dass sowohl Paramilitärs als auch die FARC immer wieder Bündnisse mit Drogenkartellen eingehen, um sich zu finanzieren. Ursache des Konfliktes ist letztlich die enorme soziale Ungleichheit im Land, wie auch Korruption und die Ineffizienz staatlicher Strukturen. Im September 2016 schlossen FARC und kolumbianische Regierung nach langen Verhandlungen einen Friedensvertrag. Ob dieser zu einer dauerhaften Verbesserung der Lebensumstände der kolumbianischen Bevölkerung führt, bleibt abzuwarten.

Kongo

Die „Demokratische Republik Kongo“ ist der flächenmäßig zweitgrößte Staat Afrikas. Die etwa 80 Millionen Einwohner Kongos verteilen sich auf über 200 verschiedene Ethnien. Das Land ist reich an Rohstoffen. Für die Bevölkerung in den Landesteilen mit den größten Vorkommen (vornehmlich im Osten des Landes, der Region Kivu), ist dies jedoch mehr Fluch als Segen. Die Ressourcen sind Gegenstand bewaffneter Kämpfe zwischen verschiedenen Rebellengruppen, Warlords und der kongolesischen Regierung. Dabei gerät die Zivilbevölkerung oft zwischen die Fronten. Aktuell wird die Krise dadurch verschärft, dass sich der seit 2001 amtierende Präsident, Joseph Kabila, weigert, sein Amt zu übergeben oder Wahlen im Kongo abhalten zu lassen, obwohl sein Mandat im Dezember 2016 endete.

Myanmar

Nach jahrzehntelangem Kampf um Demokratie besitzt das ehemalige Burma seit April 2016 die erste zumindest teilweise zivile Regierung nach fast einem halben Jahrhundert Militärdiktatur. Ab dem Putsch von 1962 war das ressourcenreiche und einst fortschrittliche Land von den Militärs zu einem der ärmsten Staaten der Erde heruntergewirtschaftet worden. Eine brutale Junta unterdrückte die Menschen und zerstörte Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitssystem. Trotz eines überwältigenden Wahlsieges der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) bei den ersten freien Wahlen im November 2015 ist die Handlungsfähigkeit der Regierung eingeschränkt: Die Verfassung kann ohne Zustimmung der Generäle nicht geändert werden und sichert dem Militär eine Mehrheit in verschiedenen Ministerien. Da die NLD keine Handhabe über die Armee hat, sind ihr auch bei der Lösung des seit Jahrzehnten andauernden Bürgerkrieges im Vielvölkerstaat Myanmar die Hände gebunden. Das Militär unterdrückt seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft die Zivilbevölkerung, die mehr Recht auf Eigenständigkeit fordern.

Pakistan

In Pakistan schwelt eine Vielzahl von Konflikten und Krisen, die sich gegenseitig bedingen und verschärfen. In Pakistan bestehen jahrzehntealte Konflikte zwischen ethnischen und religiösen Gruppen. Hinzu kommen häufige Naturkatastrophen, unzureichende medizinische Versorgung, schlechte Hygienebedingungen und Mangelwirtschaft. Unterernährung und hohe Kindersterblichkeit sind die Folge. Verschärft wird die Krise durch den Zustrom afghanischer Flüchtlinge, sowie den anhaltenden Konflikt mit Indien um die Region Kaschmir.

Somalia

Die humanitäre Krise in Somalia kann nicht auf einen bestimmten Auslöser zurückgeführt werden. Das Land am Horn von Afrika ist seit dem Sturz des Diktators Siad Barre Schauplatz eines der am längsten anhaltenden Bürgerkriege der Welt und wurde über die Jahre hinweg zum Inbegriff des „Failed State“. Da sich keine der bewaffneten Fraktionen durchsetzen konnte, sind inzwischen fast alle staatlichen Strukturen, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich, zusammengebrochen. Die Folge sind Millionen von Flüchtlingen, Armut, Unterernährung, Analphabetismus, sowie eine extrem hohe Kindersterblichkeit. All dies trägt zur anhaltenden Instabilität des Landes massiv bei.

Südsudan

Der Südsudan hat in seiner Geschichte weder vor der staatlichen Unabhängigkeit 2011 vom Sudan noch danach eine friedliche Periode erlebt. Nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft 1956 wurde der Süden des Sudans systematisch von der Regierung im Norden benachteiligt. Millionen Binnenflüchtlinge, unzureichende Hygiene, Mangel an Wasser und Nahrung, sowie immer wieder aufflammende bewaffnete Konflikte destabilisieren das Land kontinuierlich und machen ein Durchbrechen des Teufelskreises aus Gewalt, Hunger und Vertreibung beinahe unmöglich.

Tschad

Der Tschad galt lange Zeit als eine „Insel des Friedens und der Stabilität“. Nicht das Versagen des Staates selbst, sondern die zerrüttete Nachbarschaft machen dem zentralafrikanischen Land schwer zu schaffen. Beinahe eine halbe Million Flüchtlinge aus den Anrainerstaaten, die vor Terror und Gewalt geflohen sind, belasten die Ressourcen des Tschads. Dürreperioden und Missernten verschärfen die Situation zusätzlich. Aktuell ist im Tschad die Lebensmittelversorgung von etwa vier Millionen Menschen nicht gesichert, eine Million leidet akut an Hunger.

Simbabwe

Die Krise in Simbabwe ist eng mit der Person des Präsidenten Robert Mugabe verknüpft, der seit 1987 Staatspräsident des Landes ist. Galt Mugabe anfangs als Reformler, so regierte er spätestens seit der Jahrtausendwende diktatorisch. In der Folge kam es einerseits durch Misswirtschaft, Korruption und seine sogenannte „fast track land reform“ zu massenhafter Enteignung von Landbesitzern und dadurch zu Ernteaussfällen und Hungersnöten. Andererseits unterdrückt Mugabe systematisch jede Form der Opposition, woran auch der Oppositionsführer, Morgan T. Tsvangirai, der von 2011 bis 2013 Ministerpräsident war, nichts ändern konnte. Dramatisch hoch ist auch die Zahl der HIV-Patienten in Simbabwe. Die Rate ist die höchste weltweit, rund 30.000 Menschen sterben jedes Jahr durch die Immunschwächekrankheit. Die Kombination von Armut, Krankheit und politischer Unterdrückung führt dazu, dass viele gut ausgebildete Menschen, zum Beispiel Ärzte, Simbabwe verlassen. Dies verschlimmert die Krise im Land zusätzlich.

Die hier beschriebenen Krisen umfassen nicht in allen Fällen das gesamte Staatsgebiet. Mitunter sind nur einzelne Regionen oder Bevölkerungsgruppen betroffen. Dabei gilt es aber zu bedenken, dass das Staatsgebiet einiger der vorgestellten Länder um ein Vielfaches größer ist als Deutschland. Der Kongo ist mehr als sechsmal so groß wie Deutschland, der Tschad immerhin noch dreieinhalbmal.

Wo setzt die deutsche humanitäre Hilfe ein?

Das internationale humanitäre System hat verschiedene Mechanismen entwickelt, um besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen in vergessenen humanitären Krisen reagieren zu können: OCHA (die UN-Behörde für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten) stellt jährlich Mittel aus dem Zentralen Nothilfefonds („Central Emergency Response Fund“, CERF) für humanitäre Hilfe in vergessenen Krisen zur Verfügung. Die EU-Organisation ECHO erstellt jährlich eine Übersicht über vergessene humanitäre Krisen (das „Forgotten Crisis Assessment“), die Grundlage für die Bereitstellung von Hilfe ist. Diese Instrumente bilden einen wichtigen Orientierungsrahmen bei der regionalen Schwerpunktsetzung für die deutsche humanitäre Hilfe.

Warum sollten vergessene Krisen wieder beachtet werden?

Das Bild der Öffentlichkeit von humanitärer Hilfe ist geprägt von großen Naturkatastrophen. Vom Tsunami im Indischen Ozean (2004) über den Taifun Haiyan auf den Philippinen (2013) oder zuletzt das Erdbeben in Nepal (April 2015) – durch plötzliche Ereignisse gerät das Leid der betroffenen Menschen ins Scheinwerferlicht. Die öffentliche Aufmerksamkeit leistet einen wichtigen Beitrag, humanitäre Hilfsmaßnahmen zu ermöglichen, etwa durch erhöhtes Spendenaufkommen und die Auseinandersetzung mit den Nöten der Menschen.

Doch auch in anderen, von akuten Naturkatastrophen nicht unmittelbar betroffenen Regionen leben Menschen in großer, mitunter existenzieller Not. Humanitäre Hilfe orientiert sich nachdrücklich an der Hilfsbedürftigkeit der Betroffenen – denn auch Menschen in Krisensituationen, die nicht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit stehen, haben ein Recht auf ein Überleben in Würde. Die Wahrnehmung dieser Krisen durch die deutsche Öffentlichkeit und der damit einhergehende politische Druck spielen für die Lösung der Krisen eine entscheidende Rolle.

Wer steht hinter der #nichtvergesser-Kampagne?

Die Initiative #nichtvergesser will vergessene humanitäre Krisen in das Bewusstsein der Öffentlichkeit holen. Sie informiert die breite Öffentlichkeit und ruft dazu auf, sich mit der Situation in Ländern mit langanhaltenden Krisen auseinanderzusetzen. Hinter der Kampagne stehen die deutschen humanitären Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe, Caritas international, Plan International, SOS Kinderdörfer weltweit, Welthungerhilfe, Malteser International, Humedica, CARE Deutschland-Luxemburg e.V., Help – Hilfe zur Selbsthilfe e.V., International Rescue Committee, arche noVa sowie das in der Bundesregierung für Humanitäre Hilfe zuständige Auswärtige Amt.

Was ist das konkrete Ziel der Kampagne?

Bis zum Sommer 2018 sollen 100.000 Stimmen von #nichtvergessern gesammelt werden. Diese werden an UN-Generalsekretär António Guterres übergeben – verbunden



mit der Bitte, sich stärker für vergessene humanitäre Krisen einzusetzen, zum Beispiel durch die Einführung eines UN-Tages der vergessenen humanitären Krisen. Wer auch ein Zeichen setzen möchte, kann auf www.nichtvergesser.de ein Foto von sich hochladen – mit einem Knoten als Zeichen des Nichtvergessens.